

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom: 19.11.2013 eingegangen: 25.11.2013	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	56. Plenarsitzung Gemeinderat 17.12.2013 2013/0238 38 öffentlich Dez. 2
Erklärung des Gemeinderates für ein Bleiberecht für geduldete Migrantinnen und Migranten		

1. Wie viele Migrantinnen und Migranten mit Duldungsstatus leben derzeit in Karlsruhe?

Derzeit leben in Karlsruhe ca. 140 geduldete Migrantinnen und Migranten.

2. Was hält die Stadt von der Forderung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg an die Landesregierung nach einem Bleiberecht für geduldete Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren in Deutschland bzw. Baden-Württemberg leben, ein Bleiberecht einzuräumen.

Dem Bundesrat liegt ein Gesetzesentwurf für eine Bleiberechtsregelung vor. Die Landesregierung Baden-Württemberg unterstützt die Bleiberechtsregelung und ist dem Gesetzesantrag neben zahlreichen anderen Bundesländern beigetreten.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe teilt die Auffassung, für langjährig geduldete Migrantinnen und Migranten eine aufenthaltsrechtliche Perspektive einzuräumen.

3. Was hält die Stadtverwaltung von dem Vorschlag, dem Gemeinderat eine Erklärung vorzulegen, mit der der Landesregierung vorgeschlagen wird, alles in ihrem Einflussbereich Mögliche zu unternehmen, um Migrantinnen und Migranten mit Duldungsstatus ein Bleiberecht einzuräumen – entsprechend dem Vorschlag des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg?

Die Bleiberechtsregelungen werden auf Bundesebene beschlossen. Die Landesregierung hat sich bereits unterstützend eingebracht und ist dem Gesetzesantrag beigetreten. Eine Erklärung an die Landesregierung wäre daher entbehrlich.